



näher am Menschen.

„ZUKUNFTSLAND BAYERN“

LEITANTRAG zum 67. Parteitag

am
22./23. November 2002
München, ICM

Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag

I.**Bayern 2003****Modern, erfolgreich, solidarisch - auch in schwierigen Zeiten**

Bayern steht an der Spitze in Deutschland. Bayern ist weltweit wettbewerbsfähig. Unser Land ist erfolgreich mit nachhaltigem Wirtschaftswachstum, niedriger Arbeitslosigkeit, hoher Selbständigenquote, qualifizierten Bildungseinrichtungen und einem guten Angebot an Ausbildungsplätzen. Bayern ist innovativ und attraktiv für internationale Firmen wie für Existenzgründer: Über 1.000 internationale High-Tech-Firmen haben sich in unserem Land angesiedelt, jüngst hat sich General Electric für ein Forschungszentrum in Bayern entschieden. Die Staatsfinanzen sind geordnet. Die Bürger fühlen sich sicher. Solidarität und Mitmenschlichkeit werden groß geschrieben. Kunst und Kultur werden gefördert wie sonst nirgendwo in Deutschland. Die Bewahrung der Schöpfung und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen haben hohe Priorität. Es gibt kein Land in Deutschland, das größere Aktivitäten entfaltet für Wirtschaftswachstum, für Arbeitsplätze, für die Innere Sicherheit und damit für die Verbesserung der Lebensqualität seiner Bürger.

Die CSU hat viel für Bayern erreicht. Wir haben auf ein verantwortungsbewusstes und nachhaltiges Wachstum gesetzt, das dem Einzelnen und der Gemeinschaft Chancen eröffnet und den Wohlstand des ganzen Landes mehrt. Aus unserem christlichen Verständnis heraus arbeiten wir für eine menschliche Gesellschaft, in der der Einzelne sein Leben eigenverantwortlich gestaltet und für andere Mitverantwortung übernimmt. Die Menschen sind stolz auf Bayern und das, was wir gemeinsam erreicht haben. Diese Politik der CSU ist die entscheidende Grundlage dafür, dass Bayern weiterhin modern, erfolgreich und solidarisch ist.

Wir wollen international attraktiv bleiben. Zur Sicherung wissenschaftlicher Spitzenleistungen, hoher Innovationskraft und wirtschaftlicher Dynamik müssen wir deshalb auch in Zukunft offen sein für qualifizierte ausländische Fachkräfte, Unternehmer und Wissenschaftler. Wir wollen, dass trotz aller Modernität die Grundlagen der bayerischen Identität, die Kultur unseres Landes und seine Traditionen bewahrt und geachtet werden. Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern müssen sich auch in Zukunft in ihrer Heimat wohlfühlen können. Viele Bürger haben angesichts des hohen Ausländeranteils und des anhaltenden Zuwanderungsdrucks aus weniger entwickelten Regionen die Sorge, dass Bayern seine christlich-abendländisch geprägte Wertetradition und damit Identität verlieren könnte. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Zuwanderung von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten wirksam steuern und begrenzen. Das Zuwanderungsgesetz von Rot-Grün lehnen wir entschieden ab,

weil es die Zuwanderung von Ausländern massiv ausweitet und darauf abzielt, Deutschland in ein multikulturelles Einwanderungsland umzuwandeln. Wir lehnen es auch deshalb ab, weil wir aufgrund des Wohlstandsgefälles zwischen Ost und West im Zuge der Osterweiterung der EU mit erheblicher Zuwanderung auf den deutschen, vor allem auch den bayerischen Arbeitsmarkt, zu rechnen haben. Gleichzeitig wird unser Arbeitsmarkt bereits durch die hohe innerdeutsche Wanderung und die EU-Freizügigkeit belastet.

Den Absturz mit Rot-Grün stoppen

Rot-Grün steht für den größten Wählerbetrug in der Nachkriegsgeschichte. Über alle fundamentalen Daten und Fakten wurden die Bürger vor der Wahl getäuscht. Dafür trägt der Bundeskanzler die Verantwortung. Rot-Grün steht für steigende Defizite, steigende Arbeitslosigkeit und steigende Steuerlast. Deutschland ist in Wachstum und Beschäftigung wirtschaftliches und politisches Schlusslicht in Europa. Die versprochene Halbierung der Arbeitslosenzahlen ist gescheitert. Rot-Grün wird in diesem Winter die Rekordmarke von 4,5 Millionen Arbeitslosen zu verantworten haben. Mit dem Hartz-Konzept wird nicht ein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen. Statt Sparerfolgen hat Rot-Grün die höchste Neuverschuldung in Europa zu verantworten. Die Sozialversicherungen wurden nicht nachhaltig modernisiert, sondern in den finanziellen Ruin getrieben. Die Zukunftsfähigkeit der gesamten Sozialversicherung steht auf dem Spiel.

Rot-Grün stellt die Weichen für höhere Neuverschuldung, höhere Steuern, höhere Sozialabgaben und höhere Arbeitslosigkeit. Diese Politik ist Gift für die Wirtschaft. Mit Rot-Grün bleibt Deutschland Schlusslicht in Europa. Rot-Grün lebt und regiert auf Kosten der künftigen Generationen. Rot-Grün weicht den Stabilitäts- und Wachstumspakt auf und zersetzt damit den Wert des Euro.

Das gegenwärtige Chaos in Berlin hat nur eine Konstante: die Unfähigkeit von Rot-Grün, Deutschland zu modernisieren, wirtschaftliches Wachstum anzustoßen und Arbeitsplätze zu schaffen.

- Flexibilisierung der Arbeitsmarktpolitik: Fehlanzeige.
- Mittelstandsentlastung: Fehlanzeige.

Stattdessen: Belastung der Leistungsträger und Unternehmen. Für Rot-Grün gilt nach wie vor: täuschen, tricksen und beschönigen.

Die Auswirkungen dieser wirtschaftsfeindlichen Politik, die Wachstum und Beschäftigung massiv behindert, werden auch Bayern treffen. Die rot-grünen Steuererhöhungen belasten auch bayerische Familien und bayerische Unternehmen. Die rot-grüne Politik wird auch bayerische Arbeitsplätze kosten. Die gegenwärtigen und zukünftigen Steuerausfälle betreffen den Landeshaushalt massiv. Die finanziellen Spielräume werden auch in Bayern enger. Verschärft wird die Situation durch einseitige Lastenverschiebungen des Bundes auf die Länder und Kommunen. Rot-Grün hat in den letzten Jahren die Kommunen in Milliardenhöhe belastet, ohne einen ausreichenden finanziellen Ausgleich zu gewähren. Jüngste Beispiele sind die Grundsicherung und die höhere Gewerbesteuerumlage.

Die CSU fordert deshalb klare Weichenstellungen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze.

Wir brauchen einen neuen Konsens für Dynamik und Aufbruch in Deutschland:

1. Eine starke Wirtschaft ist Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat. Deshalb brauchen wir eine mittelstands- und arbeitnehmerfreundliche Politik, die unternehmerische Dynamik fördert, Leistung belohnt und sie nicht mit noch mehr Steuern und Abgaben bestraft. Wir brauchen Steuerentlastung statt Steuererhöhungen und tatsächlichen Abbau von Subventionen statt neuer Staatsverschuldung. Wir treten ein für einen leistungsstarken, wettbewerbsfähigen Mittelstand in Industrie, Handel, Handwerk, Dienstleistung und freien Berufen.
2. Die brachliegenden Kräfte für mehr Wachstum in Deutschland müssen genutzt werden. Wettbewerbshemmende und mittelstandsfeindliche Regulierungen müssen abgebaut und die lähmenden Wirkungen übermäßiger Bürokratie beseitigt werden.
3. Wer mehr Beschäftigung in Deutschland will, braucht flexible Arbeitsmärkte. Die CSU fordert eine Modernisierung von Arbeits- und Tarifrecht. Wir wollen ein sinnvolles Gleichgewicht zwischen individuellem Schutzbedürfnis und betriebswirtschaftlicher Anpassungsfähigkeit.
4. Wir müssen die Entwicklung neuer Produkte, neuer Betriebe und neuer Märkte für mehr Beschäftigung, Wachstum und Lebensqualität fördern. Der Staat muss die Innovationskraft von Gesellschaft und Wirtschaft stärken.

5. Wir wollen eine Strukturreform des gesamten Gesundheitswesens, weil wir den Marsch von Rot-Grün in die Zwei-Klassen-Medizin stoppen müssen. Die Bürger müssen sicher sein können, dass ihnen künftig auch alle medizinisch notwendigen Leistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung gewährt werden. Wir wollen einen aktiven Wettbewerb um die beste Versorgung der Menschen.
6. Wir wollen einen neuen Generationenvertrag für die gerechte Lastenverteilung zwischen Jung und Alt.
7. Die Aufgabenverteilung zwischen Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union ist reformbedürftig. Wir brauchen mehr Wettbewerbsföderalismus in Deutschland, der neue politische Ideen fördert und bessere politische Leistungen hervor bringt. Deshalb fordert die CSU eine klare Kompetenzabgrenzung in Europa und zwischen Bund und Ländern, mehr Gesetzgebungskompetenzen für die Länder und den Abbau des Systems der Mischfinanzierungen. Es muss sichergestellt sein, dass der Bund künftig auch für die Finanzierung sorgt, wenn er Lasten auf Länder und Kommunen verlagert. Beim Abbau von Mischfinanzierungen muss der Bund einen vollständigen finanziellen Ausgleich leisten.

Familie verteidigen

Rot-Grün legt die Axt an Ehe und Familie als den Lebensformen, die Fortbestand und Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern. Das Wort „Ehe“ erscheint nicht einmal im Koalitionsvertrag. Die Diskussion um die Abschaffung des steuerlichen Ehegattensplittings zeigt die Ignoranz gegenüber der Ehe als der rechtlich anerkannten ursprünglichen Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mann und Frau.

Die CSU steht zu Ehe und Familie und wird jeden Angriff auf sie abwehren. Es geht hier um nichts weniger als um die Wertentscheidung unserer Verfassung über die Grundlagen unserer Gesellschaft. Das Rechtsinstitut Ehe ist unverzichtbar. Die Ehe ist die dauerhafte Gemeinschaft von Mann und Frau und die Grundlage für Familie. Ehe und Familie haben sich über Jahrhunderte des gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels als Lebens- und Wertegemeinschaft bewährt. Das ist die Grundlage für ihren besonderen Schutz im Grundgesetz. Wir werden ihn mit allem Nachdruck gegen den rot-grünen Zeitgeist verteidigen. Die von Rot-Grün offenbar angestrebte Schaffung eines eigenen rechtlichen Rahmens für nicht-eheliche Lebensgemeinschaften lehnen wir ab.

Fundamentale Werte bewahren

Rot-Grün will unsere Gesellschaft verändern: Statt Leistung als Grundlage für Wohlstand und Fortschritt zu fördern, wird Gleichmacherei gepredigt. Statt Eigenverantwortung zu unterstützen, setzt Rot-Grün auf mehr Staat und damit mehr Zwang und Reglementierung vieler Bürgerinnen und Bürger.

Die CSU steht für die Werte, die Bayern und Deutschland wirtschaftlich stark und wohlhabend gemacht und den sozialen Frieden in unserem Land gesichert haben: Eigenverantwortung und Mitmenschlichkeit, soziale Verantwortung, Leistungs- und Chancengerechtigkeit für heutige und für kommende Generationen. Ausgehend vom christlichen Menschenbild setzt die CSU auf die Stärkung der Eigenverantwortung, die Verantwortung für die eigene Familie und ihre Zukunft sowie die Stärkung der Solidarität in unserer Gesellschaft und das ehrenamtliche Engagement des Einzelnen im sozialen und kulturellen Bereich. Wir werden diese christlich-sozialen Grundwerte verteidigen und sie als Grundlage einer stabilen, leistungsfähigen und humanen Gesellschaft stärken.

Hergestellt im Archiv für christlich-soziale Politik der Hans-Sachs-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

II.**Zukunftsland Bayern****Weichenstellungen für die nächste Dekade**

Unser Ziel für die nächste Dekade ist es, die Spitzenposition Bayerns zu sichern und auszubauen. Dafür stellen wir jetzt die Weichen in Staat und Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft, in Bildung und Wissenschaft.

Unser Ziel ist ein Land, das führend ist in Wirtschaft und Wissenschaft, attraktiv für Unternehmen, weltweit wettbewerbsfähig, mit geringer Arbeitslosigkeit und soliden Finanzen, ein Land mit einem leistungsfähigen, weltweit führenden Bildungssystem, das fördert und fordert.

Unser Ziel ist ein Land, in dem Unternehmertum, Leistung und Eigenverantwortung ermuntert und nicht durch unnötige Bürokratie und überflüssige Regulierungen behindert werden.

Die CSU arbeitet für ein Bayern, in dem alle miteinander die gesellschaftlichen Umbrüche bewältigen und solidarisch füreinander eintreten, ein Bayern, das seine kulturellen Schätze bewahrt, seine Umwelt schützt und seine Identität erhält.

Wir werden das Maximum an landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, um Bayerns Spitzenposition weltweit zu sichern, auszubauen und mit innovativer Politik die Zukunft Bayerns zu gestalten. Die unsolide Politik von Rot-Grün verunsichert die Menschen zutiefst. Ihre Wahllügen zerstören das Vertrauen in die Politik generell. Deshalb setzen wir den rot-grünen Wählertäuschungs- und Belastungsmethoden einen klaren Gegenentwurf mit solider und verlässlicher Politik für die Menschen in Bayern entgegen. Am 22. September haben die Wähler der CSU einen überzeugenden Auftrag erteilt, die Interessen Bayerns kraftvoll zu vertreten. Mit Ehrlichkeit, Solidität und Verlässlichkeit schafft man mehr Sicherheit und Aufschwung für die Bürger als mit rot-grünen Lügen und Tricks.

Unsere Botschaft an alle lautet: Wir entwickeln Bayern als das Zukunftsland.

- Die CSU steht für solide Finanzen, innovative Wirtschaftspolitik, moderne leistungsbezogene Bildung, niedrige Arbeitslosigkeit und Sicherheit vor Kriminalität und Verbrechen.
- Wir verschaffen Leistung und Eigenverantwortung einen vorrangigen Stellenwert.
- Wir ermutigen, unterstützen und fördern Unternehmertum und Mut zur Selbständigkeit als die Quellen des bayerischen Wohlstandes.

Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern können sich auf uns verlassen. Sie können sicher sein, dass Bayern bei uns in guten, verlässlichen Händen ist.

1. Zukunftsland Bayern - Markenzeichen: finanzpolitische Solidität

Unser Motto lautet: „Sparen und Gestalten“. Die CSU in Bayern steht für einen durchdachten Sparkurs, der die Steuerausfälle auffängt und notwendige finanzielle Freiräume für Investitionen in wichtige politische Schwerpunkte wie Familie und Bildung schafft.

Der unsoliden und wirtschaftsfeindlichen Politik der Bundesregierung setzen wir unser Kontrastprogramm entgegen: eine verlässliche und berechenbare Finanzpolitik in Bayern. Die CSU steht für einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung bis 2006. Bayern hält sich im Gegensatz zum Bund und zu anderen Ländern weit unterhalb des höchstzulässigen EU-Defizitrahmens. Die Defizit-Obergrenze von 3 % wird von Bayern samt seinen Kommunen gerade etwa zur Hälfte beansprucht. Trotz massiver Steuerausfälle wird in Bayern kein einziger Euro mehr an Schulden aufgenommen. Stattdessen werden wir die Neuverschuldung trotz Steuerausfällen weiter reduzieren. Das Ausgabenwachstum wird weiter auf jahresdurchschnittlich 1 % beschränkt. Bayern hat mit rund 15 % die höchste Investitionsquote im Staatshaushalt und wird diesen Anteil im Sinne nachhaltiger Zukunftssicherung konstant halten.

2. Zukunftsland Bayern - Markenzeichen: leistungsfähige Kommunen

Die CSU steht für eine verlässliche Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und seinen Kommunen. Anders als Rot-Grün setzen wir auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Kommunen. Deshalb wollen wir die Partnerschaft auf eine neue Grundlage stellen und das sog. Konnexitätsprinzip in der Bayerischen Verfassung verankern. Neue Pflichtaufgaben dürfen nur dann auf die Kommunen übertragen werden, wenn die notwendigen Finanzmittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollen die kommunalen Spitzenverbände mit angehört werden, damit der Sachverstand der Kommunen bereits bei der Konzeption der Aufgaben einfließen kann. Um finanzielle Stabilität der Kommunen auf Dauer zu sichern, sollen die für sie bereits geltenden Stabilitätskriterien gesetzlich normiert werden.

Die CSU fordert die Bundesregierung auf, ihre einseitige Politik der Lastenverlagerung auf Länder und Kommunen aufzugeben. Die Belastung etwa der Kommunen durch die Grundsicherung ist voll auszugleichen. Die Gewerbesteuerumlage muss auf die Höhe vor der Steuerreform abgesenkt werden, weil es an den versprochenen Mehreinnahmen für die Kommunen fehlt. Das große Reformwerk Gemeindefinanzreform ist zügig in Angriff zu nehmen und im Einvernehmen mit den Kommunen umzusetzen. Wir fordern, dass die Bundesregierung den Ländern und Kommunen per Gesetz Aufgaben nur überträgt, wenn sie mit der Übertragung von verlässlichen Einnahmen für die finanzielle Absicherung der zusätzlichen Lasten sorgt. Auch für den Bund muss gelten: Wer bestellt, bezahlt.

3. Zukunftsland Bayern – Markenzeichen: Förderung von Wachstum und Beschäftigung

Die CSU wird alle landespolitischen Möglichkeiten dafür nutzen, damit der Wirtschafts- und Technologiestandort gestärkt aus der gegenwärtigen bundesweiten Schwächephase hervorgeht und seinen Spitzenplatz in Europa weiter ausbaut.

Dazu brauchen wir einen optimistischen und erfolgreichen Mittelstand. Wir werden den Mittelstand weiter intensiv unterstützen, um Vertrauen und Zuversicht der kleinen und mittelständischen Betriebe zu stärken. Wir brauchen wieder mehr Wachstum im Mittelstand. Deshalb müssen die Voraussetzungen dafür verbessert werden, dass die mittelständischen Unternehmen wieder leichter Fremdfinanzierungen erhalten und die Möglichkeit bekommen, mehr Eigenkapital aufzubauen. Die Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft und die Kaufkraft der Bürger müssen gestärkt werden. Deshalb werden wir alles tun, um den Marsch in den rot-grünen Umverteilungsstaat im Bundesrat zu stoppen und soweit als möglich umzukehren. Hier werden wir im Steuerrecht ansetzen. Damit bleibt den Menschen und Betrieben mehr Geld in der Tasche.

Bayern braucht Existenzgründer. Die CSU will sie ermutigen und fördern. Wir setzen auf das nötige gründerfreundliche Klima in der Gesellschaft mit ausreichendem Chancenkapital für Existenzgründer, auf Beratung, Vernetzung und Existenzgründerzentren.

Gleiches gilt für die Maßnahmen zur Sicherung der Unternehmensnachfolge. Bei jährlich 12.000 betroffenen Betrieben mit über 150.000 Arbeitsplätzen in Bayern geht es letztlich um den Erhalt der mittelständischen Basis im Freistaat.

Bayern braucht die Arbeitsplätze der Zukunft. Deshalb werden wir die konsequente bayerische Innovations- und Hochtechnologiepolitik und damit das hervorragende Image Bayerns als führender High-Tech Standort ausbauen. Die Schlüsselbereiche Informationstechnologie, Biotechnologie, Mechatronik, Umwelt- und Medizintechnologie müssen weiter vorangebracht werden.

Bayern braucht Flexibilität und Kreativität. Wir wollen, dass Eigenverantwortung und Innovationsfähigkeit von Bürgern und Wirtschaft nicht länger durch übermäßige Regulierung und Reglementierung behindert werden. Die CSU will verlässliche, klare und verständliche Rechtsvorschriften. Deshalb sollen Genehmigungsverfahren vereinfacht, bürokratische Auflagen auf den Prüfstand gestellt, Statistik- und Meldepflichten abgeschafft und Verwaltungsabläufe beschleunigt werden.

4. Zukunftsland Bayern - Markenzeichen: exzellente Bildung in Schule und Hochschule und ein reiches kulturelles Erbe

Die CSU steht für das beste Bildungswesen in Deutschland. Das hat die PISA-Studie bescheinigt: Die bayerischen Schulen liegen auch international im oberen Drittel, deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Bayern hat anders als SPD-regierte Länder seine Hausaufgaben gemacht. Deshalb lehnen wir eine Einmischung des Bundes in die Bildungspolitik als originäre Länderaufgabe strikt ab. Die Pisa-Vergleichsstudie hat gezeigt, dass die SPD dort, wo sie regiert, nicht in der Lage ist, qualitätsvolle Verbesserungen im Bildungswesen durchzuführen.

Wir wollen die Spitzenstellung Bayerns auch international ausbauen. Bildung ist unser wertvollstes Gut, der Schlüssel für die Lebenschancen jedes Einzelnen und der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Deshalb misst die CSU der Bildung einen hohen Stellenwert zu. Dazu wollen wir einen Schwerpunkt auf die Grundschulen und die vorschulische Bildung legen. Der Kindergarten muss sich noch stärker als bisher als allgemeine Bildungseinrichtung verstehen, der die natürliche kindliche Neugierde für altersgerechte Lernprozesse fördert. Der frühzeitigen Unterstützung der Kinder in ihrer Denk- und Sprachentwicklung sowie in ihrem naturwissenschaftlichen und technischen Verständnis kommt entscheidende Bedeutung zu. Dazu gehören die Verbesserung der Sprach- und Leseförderung sowie eine individuelle Förderung der Kinder.

Die Einschulung der Kinder ist schrittweise vorzuziehen.

Wir wollen eine weitere Steigerung der Unterrichtsqualität. Leistung fordern und

fördern ist unser zentrales Prinzip. Dazu werden wir für eine Stärkung der Selbstverantwortung der Schulen bei gleichzeitiger Qualitätskontrolle sorgen. Unabdingbar ist dabei die Einbindung der Eltern, aber auch die Stärkung der Autorität der Lehrer.

Qualitätsstandards, Vergleichsarbeiten und Evaluierung sind notwendig. Die Entwicklung von Bildungsstandards ist und bleibt Aufgabe der Länder. Wir wollen, dass ausgehend von den bereits erarbeiteten Bildungsstandards möglichst rasch überregionale, von allen Ländern akzeptierte Standards erarbeitet werden. Bayern hat dafür bereits profunde Vorarbeiten geleistet. Das Einhalten dieser Standards muss an ausgewählten Schnittstellen aller Schularten durch landesweite und länderübergreifende Orientierungs- und Vergleichsarbeiten überprüft werden. Zentrale Abschlussprüfungen in allen Schularten sind zusätzlich erforderlich.

Wir wollen mit einem Staatsvertrag der Länder regeln, dass Entwicklung und Evaluation von Standards durch ein unabhängiges Institut geleistet werden, das außerdem einen jährlichen Bildungsbericht vorlegt. In der Verantwortung der Länder liegt die Bildungshoheit und damit auch die Entscheidung über die Bewertung der einzelnen Daten und daraus zu ziehende Konsequenzen. Weder der Bund noch die Bund-Länder-Kommission können hierbei die Richtung bestimmen.

Wir wollen einen weiteren Ausbau von Ganztagsangeboten. Einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen lehnen wir ab. Im Gegensatz zu Rot-Grün setzen wir auf Wahlfreiheit. Ganztagschulen bieten Vorteile für Kinder mit besonderen Begabungen sowie aus anregungsarmen, sozial schwachen Milieus. Alle Ganztagsangebote stellen einen Beitrag zur Bildung und Erziehung dar, sie dürfen aber nicht dazu führen, dass der Staat die Erziehung der Kinder immer mehr übernimmt und sie damit den Eltern entzieht. Das ist familienfeindlich. Eltern müssen die Wahlfreiheit haben, ob sie Betreuungsangebote annehmen wollen. Unser Konzept, das unverändert den Schwerpunkt auf freiwillige Förderung der Kinder am Nachmittag zusammen mit den Kommunen und Verbänden legt, entspringt dem Erziehungsrecht der Eltern, ist familienfreundlich und pluralistisch.

Die CSU lehnt in dieser Kernkompetenz eine Einmischung des Bundes ab. Das Angebot des Bundes an die Länder, vier Milliarden € bis 2007 für den Ausbau (Investition) von 10.000 Ganztagschulen bereit zu stellen, ist in dieser Form unsinnig. Wir

lassen uns damit auch keine inhaltlichen Vorgaben machen. Das Ziel, mehr stetige Betreuungs- und Förderangebote zu schaffen, erfordert eine Vielfalt von Angeboten und damit freie Hand der Länder beim Einsatz der Mittel. Deshalb fordern wir einen dauerhaften Mitteltransfer über Steuerverteilung. Der Bund muss Steuerpunkte zur Verfügung stellen, damit auch Personalkosten bei Ländern und Kommunen übernommen werden können. Diesen Weg muss der Bund gehen, wenn er ernsthaft daran interessiert ist, verfassungskonform die Länder beim Ausbau des Ganztagangebots wirksam und nachhaltig zu unterstützen.

Wir wollen, dass die bayerischen Hochschulen international weiter erste Adresse bleiben. Wir werden den Wettbewerb zwischen ihnen fördern und ihre internationale Attraktivität stärken. Dazu geben wir ihnen mehr Freiräume und mehr Eigenverantwortung, um flexibel auf neue Anforderungen reagieren zu können.

Wir wollen die lähmenden Fesseln abschütteln, die uns bundesrechtliche Vorgaben auferlegen. Mit Klagen beim Bundesverfassungsgericht wehren wir uns gegen Kompetenzüberschreitungen zu Lasten der Länder und Hochschulen. Wir fordern eine Aufhebung der Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung, vor allem aber den Abbau der Mischfinanzierungen, der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau und im Gegenzug dazu eine aufgabengerechte Neuverteilung der Steuereinnahmen zwischen dem Bund und den Ländern. Wir wollen, dass die Hochschulen ein eigenes Profil entwickeln können. Unabhängig von der ZVS sollen sie sich ihre Studenten weitgehend selbst aussuchen können. Ein entsprechendes Auswahlrecht soll auch für die Auswahl der Hochschulen durch die besten Studenten gelten.

Bayern hat ein reiches kulturelles Erbe. Dieses Erbe prägt dieses Land und seine Menschen. Dieses Erbe, verbunden mit den lebendigen Traditionen in allen Landesteilen ist charakteristischer Teil bayerischer Identität. Wir werden auch in Zukunft Kultur, Brauchtum und Tradition in ihrer ganzen Vielfalt fördern. Denn damit investieren wir in die Stabilität und das Sozialkapital unserer Gesellschaft.

5. Zukunftsland Bayern – Markenzeichen: Innere Sicherheit

Die CSU ist seit jeher Garant für die innere Sicherheit. Innere Sicherheit hat für uns den Stellenwert eines sozialen Grundrechts und ist ein äußerst wichtiger Standortfaktor für unsere Wirtschaft. Daher stehen wir seit jeher zu unserer Polizei und unterstützen sie bestmöglich in ihrer Arbeit. Die notwendigen rechtlichen Instrumentarien müssen ihr zur Verfügung stehen. Wir greifen alle sicherheitspolitischen The-

men sofort auf und schreiten konsequent gegen Kriminalität aller Art ein, auch bei sogenannten Bagatelldelikten. Wir dulden keine rechtsfreien Räume, keine offenen Drogenszenen, und gehen auch gegen Verwahrlosungstendenzen gezielt vor. Unsere Devise lautet: „Wehret den Anfängen!“

Die Terroranschläge des 11. September 2001 bedeuten eine neue Dimension des Verbrechens. Sie galten der gesamten freiheitlichen Demokratie. Die Sicherheitspakete der Bundesregierung sind halbherzig. Die CSU fordert hier gezielte Nachbesserungen. Insbesondere muss die Möglichkeit geschaffen werden, gewaltbereite Ausländer schon beim Verdacht terroristischer Straftaten auszuweisen. Wir brauchen eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz nicht nur bei Einbürgerungen, sondern auch bei allen längerfristigen Aufenthalten von Ausländern in Deutschland. Wir brauchen die Aufnahme von Fingerabdrucken oder Gesichtsmarkmalen nicht nur in Pässen und Personalausweisen, sondern auch in Visen. Zudem bedarf es deren Speicherung in einer bundesweiten Datei. Da die Polizei bei terroristischen Gewalttaten personell schnell an Grenzen stößt, sind auch erweiterte Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr unerlässlich.

Wir wollen einen besseren Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor gefährlichen Gewaltverbrechern. Deshalb fordern wir bei einer lebenslangen Freiheitsstrafe eine längere Strafverbüßung. Bisher kann ein gefährlicher Verbrecher bereits nach 15 Jahren wieder frei kommen und der Rest der Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden. Das ist zu früh. Wir wollen, dass die Mindestverbüßungsdauer auf 20 Jahre angehoben wird. Außerdem muss endlich bundesweit die Möglichkeit geschaffen werden, für Straftäter, deren besondere Gefährlichkeit sich erst während des Strafvollzugs herausstellt, nachträglich die Sicherungsverwahrung anzuordnen. Trotz vollmundiger Ankündigungen von Rot-Grün bringt die jetzt im Bundestag beschlossene Vorbehaltsregelung der nachträglichen Sicherungsverwahrung keinen ausreichenden Schutz für die Bürger, weil sie z. B. die derzeit in Haft befindlichen gefährlichen Straftäter nicht erfasst.

Wir fordern, dass die Chancen, die sich durch die DNA-Analyse zur Kriminalitätsbekämpfung eröffnen, umfassen genutzt werden. Der Katalog der Straftaten, nach denen eine DNA-Analyse durchgeführt wird, ist zu erweitern.

Die CSU geht konsequent gegen Jugendkriminalität vor. Wir fordern, dass bei Heranwachsenden grundsätzlich das allgemeine Strafrecht und nur in Ausnahmefällen Jugendstrafrecht Anwendung finden und das Höchstmaß der Jugendstrafe bei Her-

anwachsenden von 10 auf 15 Jahre erhöht wird. Wir brauchen einen sogenannten Warnschussarrest, d.h. die Möglichkeit der Verhängung eines Jugendarrests neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe. Wir wollen eine Meldepflicht als jugendrichterliche Weisung einführen, z.B. zur gezielten Verhinderung des Besuchs bestimmter Veranstaltungen. Wir wollen das Fahrverbot als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht verankern. Notwendig sind effektive Strafvorschriften gegen Graffiti-Schmierereien.

Die CSU steht für die Prävention von Kriminalität und Verbrechen. Der Staat kann die Probleme der inneren Sicherheit nicht allein lösen. Wir brauchen eine umfassende Kriminalprävention, in die unsere gesamte Gesellschaft eingebunden ist. Die CSU setzt sich mit allem Nachdruck für eine Sicherheitspartnerschaft mit einem engen und vertrauensvollen Miteinander aller gesellschaftlichen Kräfte ein.

6. Zukunftsland Bayern - Markenzeichen: Familienfreundlichkeit

Die Familie wird auch in Zukunft die wichtigste Form des Zusammenlebens sein. Der Zusammenhalt in den Familien ist die Grundlage für die Solidarität in unserer Gesellschaft. Ehe und Familie sind nach wie vor die attraktivsten Lebensformen, weil sie Lebenssinn, Geborgenheit und Glück erlebbar machen. Eine Gesellschaft ohne Kinder hat keine Zukunft. Unser Leitbild ist daher die familien- und kinderfreundliche Gesellschaft.

Die CSU steht für einen gerechten Familienleistungsausgleich und für das Familiengeld. Im Gegensatz zur erwerbszentrierten Familienpolitik von Rot-Grün setzen wir uns für Wahlfreiheit der Eltern bei der eigenen Lebensgestaltung ein. Das Familiengeldkonzept ermöglicht Eltern auch die Entscheidung, zu Gunsten der Kindererziehung auf Erwerbstätigkeit zu verzichten. Das Familiengeld kann aber auch für die Finanzierung von Betreuungsangeboten verschiedener Art verwendet werden. Damit bildet es die Grundlage für Wahlfreiheit.

Die CSU steht für Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung. Die Veränderungen im familiären Leben, Wunsch und Notwendigkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren sowie die politische Zielsetzung, Eltern ein echtes Wahlrecht zu ermöglichen, begründen eine Weiterentwicklung des bestehenden Kinderbetreuungsangebots. Eltern wünschen sich ein vielfältiges, an ihren Bedürfnissen und ihrem Elternwillen orientiertes Kinderbetreuungsangebot. Mit dem bayerischen Gesamtkonzept Kinderbetreuung für die Jahre von 2002 bis 2006, für das wir zusätzlich zu den bisher schon

hohen Leistungen in diesem Bereich 313 Mio. € aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen, wird dieses Ziel vorangebracht. Zudem wird Bayern die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten mit der Ausarbeitung eines Bildungs- und Erziehungsplanes zur Reform der vorschulischen Bildung weiter verbessern.

Darüber hinaus tritt die CSU für eine familienfreundlichere Arbeitswelt ein. In betrieblichen Vereinbarungen sollen flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer entwickelt werden, die mehr Zeit für eine Betreuung der Kinder in der Familie ermöglichen. Kommunale Bündnisse können diese Initiativen mit öffentlichen Betreuungsangeboten unterstützen.

Die CSU steht für den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen. Junge Menschen mit individuellen Beeinträchtigungen haben abhängig von ihrer sozialen Herkunft oftmals schlechte Startchancen. Wir wollen ihre soziale Integration verbessern. Bayern hat als erstes Land in Deutschland ein Regelförderprogramm aufgelegt, das einen bedarfsgerechten Ausbau der Jugendsozialarbeit vorsieht.

Die CSU steht für die Ächtung von Gewalt, eine Verbesserung des Jugendmedienschutzes. Wir werden uns für konsequenten gesetzlichen Jugendschutz einsetzen. Gewaltdarstellungen in Fernsehen und Internet müssen wirksamer bekämpft werden. Einen hohen Stellenwert hat für uns die Stärkung der medienpädagogischen Kompetenz von Eltern und Kindern. Hier gilt es, neue Wege der Elternbildung einzuschlagen, um insbesondere auch sozial schwache Familien besser zu erreichen.

7. Zukunftsland Bayern - Markenzeichen: Soziale Sicherheit und Generationengerechtigkeit

In allen Bereichen der Sozialversicherung hat sich die Situation seit 1998 gravierend verschlechtert. Die deutsche Sozialversicherung ist vom Aushängeschild eines fortschrittlichen Sozialstaats zum akuten Problemfall geworden.

Wir wollen die Stabilisierung bzw. mittelfristige Senkung der Sozialversicherungsabgaben. Die Abgabenquote zur Sozialversicherung muss dringender denn je stabilisiert werden. Mittelfristiges Ziel muss es aber bleiben, die Abgaben zu senken und die sozialen Sicherungssysteme tragfähig und leistungsfähig zu machen.

Dafür brauchen wir strukturelle Reformen der sozialen Sicherungssysteme.

Die Rezepte der Bundesregierung sind ungeeignet, die Strukturen der Sozialversicherung neu zu ordnen. Generationengerechtigkeit, Effizienz, Qualität und soziale Ausgewogenheit müssen wichtige Kernelemente einer Reform darstellen, die es stärker als bislang zu berücksichtigen gilt.

Die Altersicherung muss zukunftssicher gestaltet werden. Das umlagefinanzierte System muss durch Einführung eines demographischen Faktors sowie durch ausgewogenes Neutarieren von gesetzlicher Rente und privater Vorsorge zukunftssicher gemacht werden. Große Bedeutung kommt dabei dem Ausbau des privaten Anteils und der unbürokratischeren und gerechteren Ausgestaltung der „Riester-Rente“ zu.

Wir wollen den hohen Standard der Gesundheitsversorgung in Bayern erhalten. Die bewährte bayerische Krankenhauspolitik leistet durch eine wohnortnahe und flächendeckende Versorgung dazu einen entscheidenden Beitrag. Das Fallpauschalengesetz darf nicht zu Verschlechterungen für bayerische Patienten führen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Qualität und Standards bei der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung durch strukturelle Reformen im Gesundheitswesen erhalten bleiben.

Wir wollen die Qualität der pflegerischen Versorgung sichern. Alte und behinderte Menschen müssen würdevoll gepflegt werden. In den Pflegeeinrichtungen muss deshalb Personal mit der notwendigen Qualifikation und in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Daueraufgaben sind Personalqualifizierung (Aus-, Fort- und Weiterbildung) und Personalgewinnung.

Wir wollen bessere Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen. Das „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003“ und das damit verbundene bayerische Aktionsprogramm sind Schwerpunkte der Sozialpolitik. Das Aktionsprogramm soll aber über das Jahr 2003 hinaus nachhaltige Wirkung zeigen und die bayerische Behindertenpolitik auch in den darauf folgenden Jahren mit gestalten.

Mit einem „Bayerischen Gesetz zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung“, das noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten soll, setzt Bayern den Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik von der Fürsorge zur Selbstbestimmung fort. Schwerpunkte des Gesetzes sind vor allem die Schaffung einer weitgehend barrierefreien Umwelt und die Verbesserung der Kommuni-

kation von Menschen mit Behinderung.

8. **Zukunftsland Bayern - Markenzeichen: Wohlstand und Lebensqualität in allen Landesteilen mit einer leistungsfähigen Landwirtschaft**

Der ländliche Raum in Bayern umfasst rd. 85 % der Landesfläche und ist Siedlungsraum für rd. 60 % der Einwohner. Er ist damit für die Mehrheit der Bürger Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum. Die strukturelle Vielfalt und das reiche Natur- und Kulturerbe prägen das Erscheinungsbild und die Identität Bayerns. Der Land- und Ernährungswirtschaft kommt auch in Zukunft eine Schlüsselrolle im ländlichen Raum zu.

Die CSU hat dem ländlichen Raum stets besonderes Augenmerk gewidmet. Er ist nicht Hinterhof der Ballungszentren, wie von Rot-Grün unterstellt. Wir setzen uns ein für die Schaffung möglichst gleichwertiger und gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum und die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung durch gleichrangige Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Erfordernisse.

Wir wollen eine umweltverträgliche, multifunktionale und leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft sichern, die qualitativ hochwertige Nahrungsmittel erzeugt, die natürlichen Ressourcen schützt und die Kulturlandschaft pflegt und gestaltet. Das Gesetz zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft ist die Grundlage für die Weiterentwicklung der multifunktionalen Landwirtschaft in Bayern.

Wir werden den landwirtschaftlichen Strukturwandel durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und Erschließung neuer Einkommensquellen für Land- und Forstwirte, Schaffung und Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze im ländlichen Raum und Neugründung selbstständiger Existenzen im landwirtschaftlichen Umfeld sozial abfedern.

Die CSU will die Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume als Wirtschaftsstandorte im nationalen und internationalen Vergleich sichern. Deshalb werden wir eine moderne und kostengünstige wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie moderne Informations- und Kommunikationstechnologie bereit stellen. Wir stehen für die Aufrechterhaltung der traditionellen und bewährten dezentralen Raum- und Siedlungsstruktur. Alle wesentlichen überörtlichen Infrastruktureinrichtungen sollen wohn-

ortnah bereitgestellt werden. Dazu wollen wir ein flächendeckendes, leistungsstarkes Netz von sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie von Schulen und wissenschaftlichen Einrichtungen.

9. **Zukunftsland Bayern - Markenzeichen: intakte Umwelt**

Die CSU setzt auf "Taten statt Worte": Wir treten für eine nachhaltige Entwicklung Bayerns ein. Unser Ziel ist ein umweltgerechter Wohlstand für Generationen. Wir wollen weiterhin Vorreiter in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland sein. Der „bayerische Weg“ des kooperativen Umweltschutzes findet national und international Nachahmung. Elf Länder haben inzwischen den „Umweltpakt Bayern“ in ähnlicher Form aufgegriffen. Auf dem Johannesburg-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung wurde der kooperative Umweltschutz im Abschlussdokument verankert. Wir werden diesen innovativen und erfolgreichen Weg weiter verfolgen. Umweltvorsorge hat Vorrang gegenüber Reparatur und Nachsorge. Intakte Umwelt ist ein Stück bayerischer Lebensqualität.

Die CSU ist für einen Naturschutz, der nicht gegen, sondern mit den Bürgerinnen und Bürger verwirklicht wird. In der Naturschutzpolitik setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation. Wirksamer Naturschutz ist nur mit den betroffenen Landwirten, Kommunen und Bürgern möglich. Wir wollen in dieser Dekade das BayernNetz Natur weiter ausbauen und die Zahl der Biotopverbundprojekte weiter erhöhen.

Bayern soll Klimaschutzland Nummer 1 in Deutschland bleiben. Bis 2010 wollen wir die ohnehin vergleichsweise niedrigen bayerischen CO₂-Emissionen um weitere 8 Mio. Tonnen verringern.

Die von Rot-Grün im nationalen Alleingang durchgesetzte Ökosteuer hat sich als wirtschaftlich verfehlt, ökologisch kontraproduktiv und sozial ungerecht erwiesen. Deshalb halten wir die für 2003 vorgesehene weitere Erhöhung der Steuer für falsch. Unser Ziel ist es, die Ökosteuer in der bestehenden Form mittelfristig abzuschaffen und sie durch eine aufkommens- und wettbewerbsneutrale, europaweit abgestimmte schadstoffbezogene Abgabe zu ersetzen.

Wir verstärken den Hochwasserschutz in Bayern nachhaltig und intensivieren dabei den vorbeugenden und natürlichen Hochwasserschutz. Dafür stellen wir in den nächsten 20 Jahren jährliche Investitionen von mehr als 100 Mio. Euro bereit.

Die hohe Qualität des Trinkwassers ist ein hohes Gut. Unser Ziel ist es, dass die Kommunen diese wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge auch in Zukunft wahrnehmen. Deshalb lehnen wir eine Liberalisierung der Wasserversorgung ab.

Wir wollen einen sparsamen und ökologisch verantwortungsbewussten Umgang mit Flächen in Bayern.

10. Zukunftsland Bayern - Markenzeichen: effizienter Verbraucherschutz

Die CSU sieht in einem umfassenden und effizienten Verbraucherschutz eine zentrale politische Aufgabe, in der mit Vorsorge, Kontrolle und Information Sorge für Gesundheit und Lebensqualität der Menschen getragen wird. Anders als Rot-Grün, deren Politik sich in großen Ankündigungen ohne nennenswerte Taten erschöpft, stehen wir für einen verlässlichen Verbraucherschutz.

Wir begreifen rechtlichen, technischen und gesundheitlichen Verbraucherschutz als politische Querschnittsaufgabe, der viele Lebensbereiche umfasst: nicht nur Lebensmittel, sondern alles, was mit der Gesundheit und dem Wohlergehen der Menschen zusammenhängt. Wir wollen das Vorsorgeprinzip mit Gesundheitsschutz und Qualitätssicherung weiter stärken – Prävention vor Reparatur. Wir wollen Verbraucherinformation und verständliche Kennzeichnung bei allen Produkten, also auch bei Finanzdienstleistungen und sonstigen Leistungen.

Verbraucherschutz darf an den deutschen Grenzen nicht halt machen. Deshalb fordert die CSU europaweit einheitliche Verbraucherschutzstandards genauso wie ein einheitliches Schutzniveau, z. B. in den Bereichen der Internetkriminalität oder des Missbrauchs von 0190er-Nummern, aber auch über eine Positivliste für Futtermittel, die Geltung deutscher Standards auch für importierte Waren aus Drittstaaten und eine Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen der EU.

III.**Für ein lebens- und liebenswertes Bayern**

Wir werden das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger und ihre Leistungsbereitschaft nutzen, um Bayern gegen den negativen rot-grünen Irrweg als das Zukunftsland weiter zu entwickeln. **Nutzen wir dafür die Kräfte, die in unserem Land vorhanden sind - unternehmerisches Potenzial, hervorragend qualifizierte und motivierte Bürgerinnen und Bürger, sozialen Frieden, hohe wissenschaftlich-technische Kompetenz - und bringen wir sie zur Entfaltung für ein lebens- und liebenswertes Bayern.**

Hergestellt im Archiv für Christlich-Sozialpolitik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP